

Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage des Feiertages.
Einzelpreis (einschl. Postgebühren): im Umkreis des Bezugsgebietes 50 Mk., auswärts 70 Mk., im weiteren Bezugsgebiet 100 Mk., auswärts 120 Mk., im Fernbezugsgebiet 150 Mk., auswärts 200 Mk.
Verlags-Redaktion: Leipzig Nr. 12226.
Gemeinde-Bezugsstelle: Aue, Erzgeb. Nr. 73.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Böhmisch Neudorf, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.
Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.
Verlag E. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.
Fernsprecher: Aue 41, Böhmisch Neudorf 440, Schwarzenberg 10, Grünhain 274. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Angaben-Ausschuss für die am Nachmittage erscheinende Nummer bis neun Uhr in den Hauptredaktionsbüros. Eine Beschriftung für die Aufnahme der Anzeigen am vorgedrucktem Tage sowie ein bestimmter Zeitungsnummer nicht geben, auch nicht für die Rückmeldung der Anzeigen aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unentgeltlich eingehender Schreibsätze übernimmt die Geschäftsstelle keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsansatz und Anzeigen gelten die in der Zeitung veröffentlichten Hauptbedingungen in Aue, Leipzig, Schwarzenberg und Schneeberg.

Nr. 11.

Sonntag, den 14. Januar 1923.

76. Jahrg.

Böhmisch.

bleiben alle Geschäftsräume des Rathauses einschl. Standesamt, Sparg., Büro- und Stadtkasse, Steueramt, Markenaussgabestelle und Betriebsamt.

Freitag und Sonnabend, den 19. und 20. Januar 1923,
wegen Reinigungsarbeiten. Das Standesamt ist für die Sterbefallanmeldungen am Sonnabend, vorm. 10—11 Uhr und die Zivilkassa am Freitag, vorm. 9—11 Uhr geöffnet.
Böhmisch, am 8. Januar 1923.

Böhmisch.

Der Feuerungsbeitrag zu der Grundgebührenordnung für das Schornsteinfegergewerbe in der Stadt Böhmisch Neudorf ist vom 1. Januar 1923 ab unter Anordnung eines fünfmaligen Restens im Jahre, statt sechsmal bisher, auf 4000 Prozent erhöht worden. Der Schornsteinfeger ist berechtigt, gemäß Paragraph 29 unter Nr. 3 der Ausführungsbestimmungen zum Umfassungsgesetz die Umfassung neben dem Entgelt getrennt in Rechnung zu stellen.
Böhmisch, am 12. Januar 1923.

Böhmisch.

Ein deutscher Schäferhund (Milde) ist hier zugekommen und binnen fünf Tagen gegen Bezahlung der entstandenen Kosten abzugeben. Auskunft erteilt die Polizeiwache.
Böhmisch, am 13. Januar 1923.

Albernau.

Polizeiwachmeister gesucht.

Bestellung nach Gruppe III. Ortsklasse C. Bewerber müssen den Anforderungen des Dienstes gewachsen und nicht über 35 Jahre alt sein. Derselbe hat die Straßen- und die Wasserleitungsarbeiten mit zu verrichten. Bewerbungsgesuche mit Unterlagen erbeten bis 22. Januar 1923. Die Stelle ist zunächst geeigneten Militärrentnern vorbehalten.
Der Gemeinderat.

Rauper.

Elternratswahl.

Nach Paragraph 11 des Übergangsgesetzes für das Volksschulwesen vom 22. 7. 1919 wird auf Grund ortsgesetzlichen Beschlusses an der hiesigen Schule ein Elternrat gebildet. Die Wahl der Mitglieder auf die erste dreijährige Wahlperiode findet
Sonntag, den 11. Februar 1923,

statt.
Zu wählen sind fünfzehn Mitglieder.
Die Wählerliste liegt in der Zeit vom 13. bis 20. Januar 1923 im Gemeindeamt, Zimmer 1 — zu jedermanns Einsicht aus. Innerhalb dieses Zeitraumes kann Einspruch gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Wählerliste schriftlich oder zu Protokoll erhoben werden. Die Wählerliste wird am 3. Februar 1923 abgeschlossen werden.
Wahlvorschläge sind spätestens am 27. Januar 1923 beim Wahlleiter (dem unterzeichneten Gemeindevorstand) einzureichen. Sie müssen von mindestens 20 Stimmberechtigten unterzeichnet sein und dürfen höchstens 22 Namen enthalten. Jeder Bewerber darf nur auf einer Vorschlagsliste vorgeschlagen werden. Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzufügen. Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden. Die Verbindung muß spätestens am 3. Februar 1923 beim Wahlleiter schriftlich erklärt werden.
Rauper, am 12. Januar 1923.
Der Gemeindevorstand.

Geschlossen

Ruhholzversteigerung.

Dienstag, den 16. Januar 1923, vorm. 10 Uhr im Gasthof zur Glashütte in Grottendorf.
4483 ft. Höhe, 7—15 cm; 2005 ft. Höhe, 16—22 cm; 2007 ft. Höhe, 23—31 cm, 3,5 und 4,0 m lang; 2,5 cm ft. Rundhölzer, 10 cm ft. Rundhölzer; Rohschlag in Abt. 35, 36, 72.
Forstrevierverwaltung Grottendorf.

Grottendorfer Staatsforstrevier.

Städtische Handelsschule zu Schneeberg.

Abteilung A: Dreijähriger Kursus für Handlungs-Beihilfen und Beihilfen verwandter Berufe.
Abteilung B: Dreijähriger Kursus für Beihilfen von Gewerbetreibenden (ohne fremdsprachlichen Unterricht).
Abteilung C: Zweijähriger Fachkurs für Handlungs-Beihilfen mit dem Einj.-Freiw.-Zeugnisse (Unterrichtsfächer nach Wahl).
Abteilung D: Kaufmännischer Kursus für erwachsene Töchter jeden Alters (Kursusdauer 2 Jahre).
Der Besuch der Handelsschule befreit vom Besuche der Knaben- und Mädchenfortbildungsschule. Den neu aufgenommenen Schülern und Schülerinnen werden auf Antrag gestiftete Lehrbücher teilweise zur Verfügung gestellt.
Anmeldungen nimmt zwischen 11 und 12 Uhr, sowie 3 und 4 Uhr möglichst bis 31. Januar d. J. entgegen
Studiendirektor Professor Orlopp.

Städtische Handels- und Gewerbeschule Schwarzenberg.

Anmeldungen für Ostern 1923 werden Montags und Freitags von 10 bis 11 Uhr vormittags und Dienstags und Freitags von 3 bis 5 Uhr nachmittags im Zimmer 15 entgegengenommen und sind möglichst bald zu bewirken.

Handelschule.
A. Lehrlingsabteilung.
B. Mädchenabteilung. A1. 2: Wöchentlich 31 Stunden (kaufmännische und allgemeinbildende Fächer); A1. 1: Wöchentlich 10 Stunden (Ausbildung für den Hausfrauen- und Mutterberuf).
In A1. 2 werden auch schulfremde Knaben aufgenommen, die im zweiten Jahre in eine Fachabteilung der Handels- und Gewerbeschule eintreten können. Zweijährige Schulpflicht.

Gewerbeschule.
Fachklassen für Werkzeugmacher, Maschinenmacher und Dreher, Klempner und Drücker, Schmiede, Tischler, Zimmerer, Schuhmacher und Sattler, schmidende Berufe, Bäcker, Freizeure.
Bei der Anmeldung ist das letzte Schulzeugnis (Zeugnisbuch) vorzulegen.
Der Besuch der Handels- und Gewerbeschule befreit vom Besuche der Knaben- und Mädchenfortbildungsschule.
Nicht mehr schulpflichtige junge Leute können als Hospitanten an einzelnen Fächern teilnehmen.
Schwarzenberg, den 13. Januar 1923.
Oberstudientrat Schmidt, Direktor.

Unsere wahre Lage.

Der Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet ist erfolgt. Politisch stellt er sich dar als eine weitere Etappe auf dem Wege der Entmannung Deutschlands, der Vorbedingung für die endgültige Entscheidung des 2000jährigen Kampfes zwischen Germanen und Kelto-Romanen. Politische und Genossen wollen und dürfen sich rühmen der Verwirklichung der gallischen Ziele näher gekommen zu sein, als je einer ihrer Vorfahren. Sie haben, gestützt auf ein selbstbewusstes, trotz mancher Zeichen des Niederganges stets opferwilliges Volkstum, nur fortgesetzt, was Heinrich II. mit seinem Raub von Weh, Toul und Verdun, was Richelieu und Mazarin, Ludwig XIV. und Napoleon I. mit wechselndem Erfolg erstrebt haben. Mögen Rückschlüsse gezogen sein, stets blickt im Ganzen betrachtet, ein wesentliches Stück deutschen Landes endgültig in Feindeshand. Ebenfalls wie uns 1870/71 die mittlerweile völlig franzosiferten Gebiete um Toul, Verdun und Metz zurückgebracht haben, ebensowenig, so scheint es heute, werden alle gallischen Erfolge des letzten Jahrzehnts wieder rückgängig gemacht werden können.

Deutschlands Wessenschmiede in Feindeshand! Das ist nicht nur der letzte Schritt zu unserer völligen Machtlosigkeit, sondern auch zu unserer völligen Rechtlosigkeit. Was helfen uns alle juristischen Einwände, im zwischenmenschlichen Verkehr hat nur Recht, wer die Macht hat. Auch dem blindesten wird jetzt klar, wohin die vielen Paragraphen des Friedensvertrages von Versailles, wohin der Anseh einer unmöglichen Reparationssumme führen sollte, sie sollten uns ins Unrecht setzen und die Schuld geben zum neuesten militärischen Spaziergang der Hochsien Missionen.

Frankreich hat die Macht; das spürt nach uns auch England. Abgesehen von seiner derzeitigen vielfachen Gebundenheit in anderen Gebieten seines Reiches, was vermag der Brit heute gegen die Luftlinie der aktiven französischen Arme, die unter 1500 Staffeln dreier Flugzeugen 300 Bombenflugzeuge besitzt mit einer Traglast von je 2000 kg Bombengewicht und einem Aktionsradius, der ihnen erlaubt, nicht nur ohne Zwischenlandung vom Rhein über die Elbe und auslaufend, sondern auch über den Kanal nach London, Birmingham und Manchester. Und auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz ertrugen sich die Franzosen die Erlaubnis zum Halten einer starken U-Boottenflotte, vor der die englischen Dampferflotte heute mehr als je ersittert. Lloyd George, der Emporkömmling aus Wales, von vielen gegrienen als Muster eines staatsmännischen Genies, er wird in der englischen Geschichte eine schlechte Note bekommen. Was hilft die bei ihm jetzt dämmende Erkenntnis? Zu spät! Er wurde ein Opfer seiner wohl auch von persönlichem Ehrgeiz beherrschten Politik auf kurze Sicht, indem er die traditionelle Linie englischer Europapolitik aufgab, nämlich den Kampf gegen die härteste Kontinentalmacht. Welcher Gegenlag zwischen Versailles und dem Wiener Kongress, wo England — dem allerdings von einem Kollegen vertretenen — Frankreich wieder in den Sattel half, als Gegengewicht gegen die im Freiheitskampf wieder erhobenen Kräfte der mittel- und osteuropäischen Mächte!

Und Amerika? Es ist weit vom Schuß und an diesen Sorgen rein politisch wenig interessiert. Haben wir aber vergessen, daß sein Entschluß zum Eintritt in den Krieg der Sorge um die der Entente geliebten Milliarden entspringt? Wir wissen, daß es darauf auch heute nicht verzielt. Und wird nicht Frankreich im Verlaufe des Ruhrkampfes — wenn es überhaupt ernstlich die Absicht hat — wie über ein riesiges Pulverfaß denken können? Es liegt sich selbst in der Nähe des Unterganges und hat die Augen nicht auf

Die Antwort an Frankreich.

Berlin, 12. Jan. In der Antwortnote der deutschen Regierung auf die Reklamation der Ruhrbesetzung heißt es, die deutsche Regierung müsse den Schleier zerreißend, den die französische Regierung mit ihrer Darstellung über den wahren Charakter ihres Vorgehens zu werfen suchte. Die Beschlüsse der Reparationskommission und die angeführten Vertragsbestimmungen enthalten keine Rechtsgrundlage für die Aktion im Ruhrgebiet, welche vielmehr eine Verletzung des Völkerrechts und des Friedensvertrages ist. Nach den ausdrücklichen Feststellungen der Reparationskommission in ihrer Note vom 21. März 1922 würde eine Verletzung bei den Holz- und Kohlenlieferungen nur die Forderung von Verzinsungen rechtfertigen. Über selbst bei rechtmäßiger Anwendung der §§ 17 und 18 kommen nur wirtschaftliche oder finanzielle oder sonstige wesentliche Maßnahmen in Betracht, und zwar nur auf dem eigenen Hoheitsgebiet der Alliierten, nicht dagegen Maßnahmen, die, wie der gegenwärtige Einbruch von Truppen und Bomben ins Ruhrgebiet, die denkwürdige Verletzung der deutschen Hoheitsrechte bedeuten. Auch können die Maßnahmen nur gemeinsam von den Alliierten getroffen werden. Außerdem sei die Aktion trotz ihrer Veranlassung keine friedliche. Wenn eine Armee in kriegsmäßiger Zusammenfassung und Bewaffnung die Grenzen des unbesetzten Deutschen Reiches überschreitet, sei das eine militärische Aktion, trotz der Erklärung, die nicht unbedingt, sondern nur für den gegenwärtigen Augenblick ausgesprochen wurde.

Die deutsche Regierung protestiert gegen diese einem weltweiten Volk angetane Gewalt, gegen die sie sich nicht wehren kann. Sie will sich aber dem Friedensbruch nicht beugen oder gar dabei mitarbeiten. Die Verantwortung für alle Folgen fällt allein auf die Regierungen, die den Einmarsch vollzogen. Die Folgen zeigen sich bereits in weiterer Entwertung der Mark und sprunghafter Preiserhöhung und sind für die Zukunft unabsehbar. So lange dieser vertragswidrige Zustand anhält, ist Deutschland nicht in der Lage, Bestellungen an diejenigen Mächte zu bewirken, die diesen Zustand herbeigeführt haben.

Ungewinn aus. Damit erledigen sich auch die Erörterungen über die Bedeutung Deutschlands als Kunde Englands und Amerikas. Verliert denn die deutsche Wirtschaft diese Stellung unter Frankreichs Anuse? Ob wir wollen oder nicht, wir müssen angestrengt arbeiten, um unsere 60 Millionen zu ernähren. Lebensbedürfnisse und Rohstoffe brauchen wir freilich dazu, aber ihre Beschaffung ist Sache des Unternehmers — und seiner Geldgeber. Kein Überfluß mag uns dabei ganz gut gehen, vielleicht besser als jetzt, mancher wird sich auch ganz wohl fühlen. Für unsere Kulturbedürfnisse und sozialen Aufgaben freilich bleibt nichts, sie sind Geschäftsunkosten, welche die Firma sich sparen kann und wird. Duffinell!

Das Reich hinter der Regierung.

Berlin, 12. Jan. In der heutigen Versammlung der Staats- und Ministerpräsidenten billigten nach einer Debatte des Reichsanwalts über die allgemeine Lage, die Reparationsfrage und die Ruhrbesetzung, die Vertreter der deutschen Länder einstimmig das Verhalten der Reichsregierung. Der bayerische Ministerpräsident gab eine Erklärung ab, worin es heißt: Die feste Haltung der Reichsregierung gegen das schreckliche Unrecht, das Frankreich über Deutschland verhängt, finde in Bayern wie in allen deutschen Ländern freudige Zustimmung; es gebe um die Würde der Nation, um Deutschlands Zukunft, Rettung und Freiheit. Das bayerische Volk sei bereit, gegen die Schmach, die französische Herrschaft sucht und Raubgier uns antun wollen, mit der Reichsregierung bis zum letzten Atemzuge durchzuhalten und hoffe doch die Reichsregierung auch unter dem härtesten Druck fest bleiben möge. Heute gebe es nur eine Lösung für Deutschlands Zukunft und Gedeihen: Die Reichseinheit über alles, zum Schluß dankte der Kanzler den Vertretern der deutschen Länder für die Geschlossenheit, mit der sie sich einstimmig hinter die Reichsregierung stellten.

Abwehrmaßnahmen.

Berlin, 12. Jan. Als deutsche Abwehrmaßnahmen sollen zunächst keine weiteren Verzinsungen mehr geleistet werden. Ausgleichszahlungen kommen im Augenblick nicht in Frage, da diese erst wieder im Juni fällig sein werden. Auch die Sachleistungen werden vorläufig eingestellt, insbesondere die Kohlenlieferungen. So weit sich Zeichen dazu verstehen würden, weitere Kohlenlieferungen zu tätigen, würde die deutsche Regierung für die Bezahlung nicht aufkommen. Die Verletzung des Kohlenfonds, das bekanntlich ein privates Institut ist, ist auf eigenen Entschluß erfolgt, wenn auch die Regierung davon Kenntnis hatte. Sollten die Franzosen nunmehr die Rückkehr der Beamten und die Vorlegung der Akten fordern, so müßte die Regierung darauf hinweisen, daß eine Einwirkung auf die Entscheidungen eines privaten Instituts nicht in ihrer Macht liege.

Berlin, 12. Jan. Der Protest der deutschen Regierung gegen das französisch-belgische Vorgehen im Ruhrgebiet wurde gestern in London, Rom und Washington überreicht.

Essen, 12. Jan. Die vier großen Bergarbeiterverbände wenden sich an die Bergarbeiter des Ruhrreviers mit einem Aufruf, in dem sie sich dem einmütigen Widerstand des deutschen Volkes gegen die Besetzung anschließen und erklären, die Besetzung der Stätten fruchtbarer Arbeit sei ein schwerer Rechtsbruch und der internationalen wirtschaftlichen Verhandlung abträglich. Es sei zu hoffen, daß die Bergarbeiter der Regierungen Frankreichs und Belgiens und der Bergarbeiter der Ruhrbewohner gehalten werden. Aber trotzdem sei es möglich und sogar wahrscheinlich, daß die Eingriffe Land- und Betriebsbesitzer der Ruhr im Leben des Ruhrgebietes Schwierigkeiten hervorrufen, von deren Umfang man sich heute keine Vorstellung machen könne. Auch würden durch den Einzug der Besatzungstruppen Leertücher und Not der Bevölkerung wachsen. Da sei Ruhe und Besonnenheit oberste Pflicht. Die im einzelnen Volk von schaffenden Männern muß nun zusammenhalten.